



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 13. November 2013

Aus Berlin

AG Gesundheit will ambulante Versorgung fördern

Union und SPD haben während der Koalitionsverhandlungen erste Kompromisse in der AG Gesundheit beschlossen, um die ambulante Versorgung zu stärken. Ein „unverzichtbares Element“ ist ihrer Ansicht zufolge die Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärzte. Vor allem die Rolle des Hausarztes soll weiter gefördert werden. Um mehr Anreiz für eine Niederlassung zu schaffen, soll unnötige Bürokratie weiter abgebaut werden. Zusätzlich planen die Parteien, Wirtschaftlichkeitsprüfungen inklusive der Regresse bis Ende des Jahres 2014 durch regionale Vereinbarungen von Krankenkassen und Kassenärztlicher Selbstverwaltung zu ersetzen. Eine weitere Änderung betrifft das KV-System. Die Vertreterversammlungen von KBV und Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) sollen künftig zu gleichen Teilen aus Haus- und Fachärzten bestehen. Die Mitglieder dürften dann je nach Zuständigkeit nur für die Belange ihres Bereichs abstimmen. Neue Versorgungsformen und telemedizinische Leistungen will die mögliche Koalition weiter fördern und ausbauen. Zur Förderung innovativer sektorübergreifender Versorgungsformen und für die Versorgungsforschung wird ein Innovationsfonds in Höhe von 300 Millionen Euro geschaffen. Das Geld sollen die Krankenkassen zur Verfügung stellen. Patienten könnten von einer reduzierten Wartezeit auf einen Termin profitieren. Nach dem Vorhaben der AG Gesundheit sollen gesetzlich Versicherte sich bei Überweisung zu einem Facharzt an eine zentrale Terminservicestelle bei der KV wenden können, damit diese ihnen innerhalb einer Woche einen entsprechenden Behandlungstermin vermittelt. (Agenturmeldung, 11. November)

Aus KBV und KVen

Bekennnis zur gemeinsamen KBV

Bei einer Sonder-Vertreterversammlung (VV) der KBV am 8. November haben sich die Delegierten auf eine gemeinsame KBV für alle Hausärzte, Fachärzte und Psychotherapeuten geeinigt. Zuvor wurde ein Antrag auf Einteilung der KBV in einen haus- und einen fachärztlichen Bereich eingereicht. Dieser wurde abgelehnt. „Ein großer Teil der hausärztlichen Delegierten verließ dabei die Sitzung“, erläuterte Dr. Stefan Windau, stellvertretender Vorsitzender der VV. „Trotzdem blieb die Vertreterversammlung beschlussfähig.“ Einstimmig bekannte sie sich zur KBV als gemeinsame Vertretung aller Vertragsärzte und Psychotherapeuten in Deutschland. Als „Warnzeichen an den Vorstand“ wurde formal ein Abwahlverfahren eingeleitet, über das bei der VV am 6. Dezember entschieden wird. Bis dahin bleibe die KBV voll handlungs- und funktionsfähig, sagte Windau. ([Pressemitteilung der KBV, 11. November](#))

Terminvergabe bei Fachärzten: Ärzte lehnen Vierwochenfrist ab

Die Ärzteschaft hat sich kritisch zu der vorgeschlagenen Vierwochenfrist von CDU/CSU und SPD geäußert. Nach den Koalitionsverhandlungen der AG Gesundheit hatten Jens Spahn (CDU) und

Karl Lauterbach (SPD) angekündigt, dass Patienten, die länger als vier Wochen auf einen Facharzttermin warten, zur Behandlung in eine Klinik kommen sollen. Die Behandlungskosten hätten die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) zu tragen. Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der KBV, äußerte sich zu den Plänen: „Wenn man die Fachärzte und die Kassenärztlichen Vereinigungen in die Pflicht nimmt, dann müssen auch Lösungen gefunden werden, wie man die heute schon häufig überlasteten Praxen entlasten kann.“ Der Vorstand der KV Westfalen-Lippe weist darauf hin, dass es einen weiteren Abschreckungsfaktor für junge Mediziner darstellt, wenn Ärzten ihre medizinische Entscheidungsfreiheit genommen würde. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KV Niedersachsen, Dr. Jörg Berling, befürchtet häufig wechselnde Ärzte und längere Anfahrtswege für die Patienten. Auch bei den Verbänden formt sich Widerstand. Dr. Klaus Reinhardt, Vorsitzender des Hartmannbundes, ist sich sicher, dass diese Strategie keine Probleme löse, sondern für mehr Bürokratie Sorge: „Wer überprüft, welche Wartezeiten bei welchem Facharzt vorliegen? Wie viele Fachärzte müssen angefragt sein, bevor der Patient die Berechtigung erwirbt, direkt die Klinik aufzusuchen?“ ([Stellungnahme der KBV, 8. November](#); [Statement der KV Westfalen-Lippe, 8. November](#); [Statement der KV Niedersachsen, 8. November](#); [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 8. November](#))

KV Brandenburg hat neue Versorgungsmodule entwickelt

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Brandenburg hat das Maßnahmenpaket „KV RegioMed“ entwickelt, das mit vier verschiedenen Modellen die ambulante wohnortnahe medizinische Versorgung sicherstellen soll. Je nach den konkreten örtlichen Gegebenheiten unterstützt die KV Brandenburg die ambulante Versorgung mit Kooperationszentren, Arztpraxen, Bereitschaftspraxen oder Patientenbussen. Insbesondere in ländlichen Regionen können Ärzte somit ambulant tätig werden, ohne das finanzielle Risiko einer Niederlassung eingehen zu müssen, erklärte die KV Brandenburg. Alle vier Versorgungsmodule sind bereits in Brandenburg etabliert oder werden erprobt. Josef Hecken, Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses, begrüßte das KV RegioMed Modell: „Neue Wege in der Sicherstellung der ambulanten Versorgung zu gehen sei umso wichtiger, seitdem sich das Steuerungselement der Bedarfsplanung als Chimäre erwiesen habe.“ ([Pressemitteilung der KV Brandenburg](#); [Ärzte Zeitung online, 11. November](#))

Aus den Verbänden

Neue GOÄ-Rahmenvereinbarung von BÄK und PKV beschlossen

Auf eine Rahmenvereinbarung bei der Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) haben sich die Bundesärztekammer (BÄK) und der Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) geeinigt. Bis Ende 2014 soll eine gremienreife Entwurfsfassung der neuen GOÄ vorliegen. In der nun unterzeichneten Rahmenvereinbarung sind konkrete Zeitvorgaben und Zielvereinbarungen festgelegt worden. Außerdem sieht das Papier die Gründung einer Gemeinsamen Kommission zur Novellierung, Weiterentwicklung und Pflege der GOÄ mit Datenstelle vor. „Die gemeinsame Vereinbarung ermöglicht es, die neue GOÄ auf eine betriebswirtschaftlich kalkulierte und nachvollziehbare Grundlage zu stellen. Mit der Gründung einer gemeinsamen Kommission wird zudem sichergestellt, dass medizinische Innovationen zeitnah aufgenommen werden können. Das bedeutet mehr Sicherheit und Qualität für alle Versicherten“, sagte PKV-Verbandsvorsitzender Uwe Laue. Die GOÄ sei laut BÄK und PKV-Verband nur teilweise aktualisiert worden und stammt zum Teil noch aus den 1970er Jahren. Eine Novellierung der GOÄ sei deswegen unstrittig und im Interesse der Patienten und Beteiligten. ([Pressemitteilung der Bundesärztekammer, 13. November](#))

Medizinstudenten wollen Allgemeinmedizin im Studium stärken – aber ohne Pflicht

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland (bvmd) hat vorgeschlagen, allgemeinmedizinische Lehrstühle an allen medizinischen Fakultäten zu etablieren. Das soll eine qualitativ hochwertige Lehre in Zusammenarbeit mit den Lehrpraxen gewährleisten. Ein Pflichtquartal in der Allgemeinmedizin im Praktischen Jahr, wie von der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin vorgeschlagen, lehnte sie hingegen ab. Die Wahlmöglichkeit solle bestehen

bleiben, hieß es aus der bvmd, und weiter: „Durch ein spätes Einbringen der Allgemeinmedizin ins Studium, kann bei den Studierenden kein bleibender Eindruck hinterlassen werden, ein bereits gewecktes Interesse kann so nicht mehr gestillt oder bekräftigt werden.“ ([Pressemitteilung der bvmd, 7. November](#))

Studie soll Nutzen von Telemedizin bei Herzinsuffizienz belegen

Die Deutsche Gesellschaft für Telemedizin hat in Berlin und Brandenburg die größte Herzinsuffizienzstudie zur Telemedizin gestartet. Bis Ende 2014 sollen insgesamt 1.500 Patienten daran teilnehmen. Sie müssen je nach individueller Situation Blutdruck, Körpergewicht und Daten von kardialen Implantaten an eine Messstation übermitteln. Die Initiatoren erhoffen sich von der Studie Klarheit über Nutzen und Kosten der Technologie. Die Telemedizin bei Herzinsuffizienz ist bisher kein Bestandteil der Regelversorgung. „Wenn die Studie gute Ergebnisse bringt, dann wollen wir mit der Erstattung auch vorankommen“, machte Dr. Rolf Schlenker, Vorstand der Barmer GEK, deutlich. ([Ärzte Zeitung online, 8. November](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 44

44 Prozent der Medizinstudierenden in Baden-Württemberg betrachten einer Studie mehrerer Allgemeinmedizin-Institutionen zufolge den Hausarztberuf als unattraktiv. Als attraktiv bezeichnet rund jeder Vierte den Job des Allgemeinmediziners. Insgesamt nahmen 1.299 Studenten verschiedener Medizinischer Fakultäten an der Studie teil.

Aus dem Terminkalender

- | | |
|----------------------------|---|
| 14.11.2013 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |
| 16.11.2013 | Vertreterversammlung der KV Niedersachsen
Hannover, 9.30 Uhr |
| 18.11.2013 | „Spreestadt-Forum“ zur Gesundheitsversorgung in Europa
Berlin, 18.15 - 19.45 Uhr |
| 20.11.2013 | Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz
Mainz, 15:30 Uhr |
| 22.11.2013 | Vertreterversammlung der KV Brandenburg
Potsdam, 15 Uhr |
| 23.11.2013 | Vertreterversammlung der KV Bayerns
München, 9 Uhr |
| 23.11.2013 | Vertreterversammlung der KV Mecklenburg-Vorpommern
Schwerin, 10 Uhr |
| 27.11.2013 –
30.11.2013 | 105. Klinische Fortbildung für Allgemeinmediziner , hausärztlich tätige Internisten
und Pädiater
Berlin |
| 29.11.2013 | Vertreterversammlung der KV Nordrhein
Düsseldorf, 15 Uhr |
| 04.12.2013 | Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart, 14 Uhr |

- 06.12.2013 Vertreterversammlung der KBV
Berlin, 10 Uhr
- 10.12.2013 Vertreterversammlung der KV Bremen
Bremerhaven, 19.30 Uhr
- 11.12.2013 Vertreterversammlung der KV Saarland
Saarbrücken, 16 Uhr
- 12.12.2013 Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr
- 14.12.2013 Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe
Dortmund, 10 Uhr 12.12.2013
- 06.01.2014 - 17. Wiedereinstiegskurs für Ärztinnen und Ärzte nach berufsfreiem Intervall
17.01.2014 Veranstaltung der Kaiserin Friedrich-Stiftung für das ärztliche Fortbildungswesen
in Berlin
- 26.03.2014 - [KBV Messe Versorgungsinnovation 2014](#)
28.03.2014 dbb Forum Berlin

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV
Tel: 030 4005-2202
Fax: 030 4005-2290
E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>